

Pressemitteilung 28.06.2007

Um-und Neubauprojekt Hochspannungsleitung Wattenwil- Mühleberg, Teilstrecke Wattenwil-Gasel

Einspracheverhandlung in Gurzelen 28.06.2007

Der Widerstand gegen das Bauprojekt der BKW ist ungebrochen

Heute fand in Gurzelen die 3. Einspracheverhandlung in Sachen Hochspannungsleitung Wattenwil-Mühleberg statt.

Die BKW will die bestehende Hochspannungsleitung zwischen Wattenwil und Mühleberg aufrüsten und neu bauen. Der Widerstand gegen die Baupläne der BKW kommt von verschiedenen Seiten.

Über 300 Anwohner und 10 betroffene Gemeinden wehren sich gegen das geplante Projekt und haben beim Eidg. Starkstrominspektorat (ESTI) Einsprache eingereicht. Zu den Einsprechern gehören auch die Stiftung für Landschaftsschutz und der Berner Heimatschutz.

Vor drei Jahren fanden in Frauenkappelen und Köniz bereits zwei Einspracheverhandlungen zum Leitungs-Bauprojekt zwischen Mühleberg und Gasel statt. Schon bei diesen Verhandlungen konnte keine Einigung zwischen den Parteien erzielt werden, und die Akten werden zur Zeit noch beim Bundesamt für Energie (BFE) bearbeitet. Schon damals wurde die Aufteilung der Strecke Wattenwil-Mühleberg in zwei Teilstrecken Mühleberg-Gasel und Gasel-Wattenwil scharf kritisiert. Wie heute zu erfahren war, wurde die Entscheidung über diese Aufteilung bis heute noch gar nicht definitiv getroffen und der Entscheid liegt ebenfalls beim BFE.

An dieser heutigen 3. Versammlung ging es um das Bauprojekt zwischen Köniz und Wattenwil.

Die Gemeinden Köniz, Oberbalm, Wald, Niedermuhlern, Rüeggisberg, Riggisberg, Rümli, Mühlethurnen, Lohnstorf und Burgistein haben Einsprache gegen das Projekt gemacht. Alle diese Gemeinden setzen sich für ihre Bürger ein und halten an ihrer Einsprache fest. Ebenso werden die privaten Einsprecher, die von Fritz Ohnewein, Präsident der Interessengemeinschaft Umweltfreundliche Hochspannungsleitung Wattenwil-Mühleberg(IG-UHWM) vertreten werden, ihre Einsprachen nicht zurückziehen.

Neben den Hauptanliegen der Gegner der neuen Leitung, nämlich der Gefährdung der Gesundheit der Anwohner, sowie der Verschandelung der Landschaft und der Wertverminderung betroffener Liegenschaften, wurden noch viele weitere Argumente vorgebracht. Es wurden Fehler in den Planaufgaben kritisiert, der Bedarfsnachweis hinterfragt, die inoffizielle Zweiteilung des Projektes bemängelt. Die BKW habe bisher nicht ernsthaft über andere Ausführungsvarianten nachgedacht, die Bodenverlegung als Lösung noch zuwenig gut abgeklärt.